

Gegen Schweinemast, für gentechnikfreie Zone

Kreisausschuss gab Empfehlungen / CDU enthielt sich

Kreis Herford (toha). Quer durch alle Fraktionen zieht sich die Ablehnung der Ansiedlung neuer industrieller Schweinemast-Anlagen im Kreisgebiet. Deutlich wurde Eckard Gläsker (Freie Wähler): „Wir wollen so etwas nicht“.

Den Antrag auf grundsätzliche Ablehnung neuer Schweinemast-Großbetriebe hatten die Grünen gestellt. Deren Fraktionssprecher Ullrich Richter begründete die Forderung: „Es geht uns darum deutlich zu machen, dass die bäuerliche Landwirtschaft erhalten werden muss. Großbetriebe verhindern das.“ Unter dem Motto „Und ewig stinken die Felder“ hätten sich besonders in Norddeutschland zahlreiche (erfolgreiche) Bürgerinitiativen gebildet. Sie hatten auf massive Landschaftszerstörung, Geruchsbelästigung und verfehlte Tierhaltung aufmerksam gemacht. Richter: „Industrielle Viehwirtschaft macht Probleme, denn die Flächen reichen bei weitem nicht aus, um die Menge der Gülle zu entsorgen.“

Gläsker wies auch auf die Gefahren multiresistenter Keime hin, die auch durch Filteranlagen in die Umgebungen gelangen könnten. Das sei wissenschaftliche nicht geklärt. Für Stephen Paul ergab sich ein weiterer wichtiger Aspekt: „Wir müssen an die Spitze des landwirtschaftlichen Kreisverbandes appellieren, den Dialog mit der Bevölkerung stärker zu suchen“. Das könne auch der eigenen Berufsgruppen bessere Perspektiven geben. Auf jeden Fall müsse aber in jedem Einzelfall neu beraten werden. Christoph Roefs (CDU) sah die Rechtslage schwierig, und kündigte eine Enthaltung seiner Fraktion bei der Abstimmung an. Die praktizierten die Christdemokraten auch beim zweiten Thema, das die Grünen angestoßen hatten: Eine Gentechnik freie Zone im Kreis Herford. Die Auswirkungen des Anbaus gentechnisch veränderter Pflanzen auf die menschliche Gesundheit sind nach Einschätzung Ullrich Richters weiterhin ungeklärt. Der Pestizideinsatz sinke nicht – wie stets vollmundig verbreitet – sondern steige im Gegenteil. „Der Anbau solch veränderten Saatguts ist ein unumkehrbarer Weg, sollte er eingeschlagen werden“, sagte Richter. Ohne die Stimmen der CDU beschloss der Kreisausschuss – in Abänderung des ursprünglichen Antrags – auf den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen auf kreiseigenen Flächen zu verzichten und in den Dialog mit der Landwirtschaft einzutreten. Ein Manko hat der Beschluss: Er hat keine rechtliche Verbindlichkeit, da der Kreis hier keine Zuständigkeit besitzt.